

presse

Ein Jahr nach dem Fabrikeinsturz in Bangladesch: Wohlstand darf sich nicht auf Elend gründen

Dr. Bärbel Kofler, entwicklungspolitische Sprecherin
Wolfgang Tiefensee, wirtschaftspolitischer Sprecher:

Heute jährt sich der Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes in Bangladesch, bei dem 1130 Menschen starben und 1500 Arbeiter teils lebensbedrohlich verletzt wurden. Im Gebäude befanden sich fünf Textilfabriken, von denen mindestens 28 westliche Firmen ihre Kleidung bezogen. Die Opfer des Industrieunglücks warten bis heute auf die zugesagten Zahlungen in einen von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) kontrollierten Entschädigungsfonds in Höhe von 40 Mio. Dollar.

„Es darf keine Frage des Wohlwollens einzelner westlicher Firmen sein, die Opfer des Fabrikunglücks zu entschädigen und ihre Armut zu bekämpfen. Verantwortungsvolle Unternehmensführung definiert sich nicht durch bloße Lippenbekenntnisse und symbolische Spenden. Wir tragen Verantwortung dafür, unter welchen Bedingungen die hierzulande konsumierten Waren bei den Lieferanten aus anderen Ländern produziert werden.“

Der Fabrikeinsturz gilt sowohl in Bangladesch als auch in der weltweiten Modeindustrie und unter Konsumenten als tiefer Einschnitt. Die Tragödie macht deutlich, wie undurchsichtig das Geflecht der weltweiten Zulieferer- und Subunternehmen ist. Wertschöpfungsketten sind kaum nachvollziehbar, Unternehmen wird es so viel zu leicht gemacht, Verantwortung zurückzuweisen. Bei der internationalen Nachfrage nach ökologisch und sozial nachhaltig produzierten Gütern geht es aber nicht nur um das Bewusstsein für verantwortungsvolles Handeln von Unternehmen. Es gilt, die Gesetze in den exportierenden Ländern zu verschärfen, deren Einhaltung streng zu kontrollieren

und Verstöße zu sanktionieren. Nicht zuletzt die Konsumenten sind zu verantwortungsbewusster Kaufentscheidung aufgerufen.

Wirtschaftliche Nachhaltigkeit braucht Verbindlichkeiten. Die große Herausforderung insbesondere der hochentwickelten Staaten besteht darin, für ein sicheres und menschenwürdiges Arbeiten weltweit zu sorgen. Sozialstandards und ein anständiges Mindesteinkommen dürfen nicht nur in Europa gelten, sondern müssen weltweit durchgesetzt werden. Die Freiwilligkeit bei der Einhaltung von internationalen Standards muss Schritt für Schritt in eine verbindliche, transparente, kontrollierte und sanktionierbare Anwendung internationaler Standards münden. Angesichts der unterschiedlichen Voraussetzungen der Exportstaaten wird das ein weiter, schwieriger Weg sein, aber er muss konsequent gegangen werden.“